

Infoblatt für Schülerinnen, Schüler und Auszubildende

Bildung statt Bundeswehr! – Friedenspolitik statt Krieg!

Zur Zeit nervt die Bundeswehr ganz schön. Sie schließt mit Kultusministerien Verträge, um verstärkt in den Schulen werben zu können, gibt diverse Zeitschriften heraus, leiert den Heldenkult mit Orden, Denkmälern und öffentlichen Gelöbnissen wieder an, erzählt uns was von ‚humanitärer Intervention‘, wenn sie Krieg führt, baut Brunnen in Afghanistan, wozu sie gar nicht ausgebildet ist, und spricht von den toten Zivilisten als Kollateralschäden, die nun mal nicht zu vermeiden seien. Wenn Du alles glaubst, was die gut geschulten Jugendoffiziere Dir erzählen, darfst Du auch mal mit einem Panzer Probe fahren.

In Afghanistan arbeitet die Bundeswehr mit den ehemaligen War Lords (Kriegsherren) zusammen und kämpft für die Zentralregierung in Kabul, die durch Wahlfälschung, Korruption und Beteiligung am Drogenhandel angeblich zum Vorreiter von Demokratie und Menschenrechten werden soll. Nach einer früheren Studie der Bundeswehr verbringen übrigens etwa 80% der deutschen Soldaten ihre Dienstzeit dort nur in ihren Stützpunkten und kümmern sich um ihre eigene Sicherheit.

Man fragt sich als halbwegs klar denkender Mensch, was soll das Ganze? Al Quaida spielt keine große Rolle mehr. Von den Taliban sind die Twin Towers in New York nie angegriffen worden. Der Angriff wurde vorwiegend von Menschen vorbereitet, die in Deutschland und den USA gelebt haben. Wenn der Westen in Afghanistan wegen Demokratie Krieg führen sollte, müsste er wohl in der halben Welt militärisch intervenieren. Daran denkt keiner. Also vergiss die Sache mit der Demokratie als Kriegsgrund. Dass unsere Freiheit am Hindukusch verteidigt werden müsse, ist schlicht Unsinn. Manchmal staunt man, was hochrangige Politiker so von sich geben.

Was wirklich läuft, ist ziemlich bedeutsam für unsere Zukunft. Vor einiger Zeit haben alle US-Geheimdienste eine Studie erarbeitet, die zeigt, dass die US-amerikanische Führungsposition in der Welt abnehmen wird, während vor allem asiatische und lateinamerikanische Länder zunehmend an politischem und wirtschaftlichem Gewicht gewinnen. Auch EU-Europa wird vom Abstieg betroffen sein, da andere Länder mit zum Teil großen Bodenschätzen technologisch aufholen und unsere Konkurrenzfähigkeit vermindern werden. Die große und noch nicht ausgestandene Finanzkrise, ausgegangen von den USA, und das Debakel um den Euro, ausgelöst durch die griechische Verschuldung, sind als deutliche Warnungen in dieser Hinsicht zu sehen.

In dieser Situation rüsten die USA mit riesigen Mitteln weiter auf, haben bereits für alle Teile der Welt eigene Militärkommandos errichtet. Präsident Obama genehmigte nun auch noch eines für den Weltraum. Die geringen Fortschritte bei der atomaren Abrüstung sind militärstrategisch fast ohne Bedeutung. Man kann nach wie vor die Welt mehrmals atomar vernichten (Overkill). Auch in dem jüngst beschlossenen Lissabon-Vertrag der EU wird eine ständige Aufrüstung trotz leerer Kassen zur Pflicht gemacht. Der

Westen gibt schon heute über 80% der Weltrüstungsausgaben aus. Heißt dies alles, USA, EU und Deutschland wollen ihren Niedergang militärisch aufhalten? Ist der weltweite Kampf gegen Terrorismus und die Abkehr von den Friedensverpflichtungen aus der Charta der Vereinten Nationen schon die schleichende Anfangsphase dieses Wahnsinns?

Daran schließt sich die Frage: Ist Deutschland mit der Bundeswehr nur in Afghanistan, um seine militärische Bündnistreue zu den USA und der von ihr geführten NATO unter Beweis zu stellen? Geht es für Deutschland darum, seine führende Rolle, die es im wirtschaftlichen Bereich lange schon innehat, auch im militärischen Bereich auszubauen? Der frühere amerikanische Präsident Bush senior sprach von Deutschland einmal als „Partner in leadership“ also als Partner der USA in der Führungsverantwortung. Ist es das, was Berlin mit seinem Einsatz in Afghanistan verfolgt? Vieles spricht dafür, denn eigene wirtschaftliche Interessen kann Deutschland wohl kaum in Afghanistan verfolgen.

Dies ist anders in Hinblick auf die USA. Ihre Strategen haben seit langer Zeit Zentralasien im Blick. Sie glauben, wer diese an Rohstoffen reichen Länder kontrollieren kann, könne die Welt beherrschen. Afghanistan ist der Zugang zu Zentralasien. Der Ausgangspunkt der USA für den Konflikt mit den Taliban waren Pläne zur Verlegung von Pipelines durch Afghanistan.

Die Welt steht vor riesigen Problemen: Klima, Armut, Ernährungssicherung, Energiewende, Wasserversorgung, Bändigung des Wildwuchses des Finanzkapitalismus und Veränderung der ökonomischen Systeme, da ein ewiges Wachstum nicht möglich sein wird. Durch Krieg können diese Probleme nicht gelöst werden. Die Konsequenz: Statt Aufrüstung und Krieg brauchen wir Kooperation und Friedenspolitik.

Die politischen Eliten haben dies zum großen Teil noch nicht begriffen. Sie setzen nach wie vor auf die militärische Schiene, dabei könnte Deutschland sehr wohl einen wichtigen Beitrag zu einem Schwenk zu einer friedenspolitischen Orientierung leisten. Hier nur wenige Beispiele:

- Deutschland könnte eine friedenspolitische Wende in Afghanistan durch den Abzug seiner Truppen kombiniert mit einer gezielten mit den Afghanen ausgehandelten Förderungspolitik einleiten und sich gleichzeitig

damit ein Stück aus der militärischen Bevormundung durch die USA befreien.¹

- Es könnte viel dazu beitragen, die unsägliche Besatzungspolitik Israels im Westjordanland zugunsten einer Zwei-Staatenlösung, die auch Obama anstrebt, zu beenden. Damit würde der Dialog mit den islamischen Ländern sehr erleichtert werden.

- Es könnte die Expansionspolitik der NATO nach Osten stoppen und damit signalisieren, dass Kooperation im Vordergrund stehen soll und nicht militärische Konkurrenz und Bedrohung.

Viel besser als die so genannten politischen Eliten hat die deutsche Bevölkerung die Situation verstanden. Etwa 2/3 der Deutschen lehnen den deutschen Krieg in Afghanistan ab und fordern einen Abzug der Bundeswehr.

Die Bundeswehr, die nun in Schulen, Universitäten, Arbeitsämter und Redaktionen vorstößt, hat hier zwei vorrangige Probleme – na, vielleicht noch mehr: Erstens benötigen sie jedes Jahr frisches Blut, sprich etwa 22.000 neue SoldatenInnen, darum locken sie mit vielen Angeboten in ihr friedensfeindliches Geschäft. Zweitens müssen sie ihre Kriege, sowie die Rüstungskosten vor der Bevölkerung rechtfertigen. Dazu kommen sie zu Euch und erzählen, die anderen – meist die islamischen Kräfte – seien die Bösen und zudem feige Terroristen, während wir – wie könnte es anders sein – die Guten und Heldenhaften seien. Manche Leute fragen sich dann, wie heldenhaft und gut ist ein GI, der aus den USA eine Drohne abschießt, mit der er irgendwo in Afghanistan Menschen umbringt. Wie böse und feige sind Menschen, die über keine High-Tech-Waffen verfügen und die sich selbst in die Luft sprengen, um so dem haushoch überlegenen Eindringling entgegenzutreten zu können?

Kluge Menschen fragen weiter, ob es zu dem gegenseitigen Morden nicht eine Alternative gibt. Die gibt es, wie am Beispiel Afghanistan gezeigt. Wir alle müssen sie „nur“ noch durchsetzen. Dazu gehört auch, den Werbepersonal der Bundeswehr nicht auf den Leim zu gehen, den Kriegsdienst zu verweigern, Initiativen und Arbeitskreise gegen die Propaganda der Bundeswehr zu gründen und vieles mehr.

¹ Eine genaue Ausarbeitung einer möglichen Strategie findet sich im Dossier IV: Der Afghanistan-Konflikt des Monitoring-Projekts: Zivile Konfliktbearbeitung, Gewalt- und Kriegsprävention, Hg. Kooperation für den Frieden, 2. Aufl. Bonn 2009, 36 Seiten. Zu beziehen zum Selbstkostenpreis bei: Kooperation für den Frieden, Römerstr. 88, 53111 Bonn, info@koop.frieden.de, Tel.: 0228/692904.

Sie können ihre Kriege nicht ohne Euch führen! Darum verweigert Euch, stört energisch alle ihre Versuche, Einfluss auf Euer Leben zu gewinnen!

„Seid unbequem, seid Sand, nicht das Öl im Getriebe der Welt!“ (Günter Eich)

Hinweise für weitere Informationen:

- Komitee für Grundrechte und Demokratie; Aquinostr. 7-11, 50670 Köln; info@grundrechtekomitee.de / www.grundrechtekomitee.de: u.a. BürgerInnen-Information „Die Bundeswehr greift in Deutschland an“

- Netzwerk Friedenskooperative, Römerstr. 88, 53111 Bonn / www.friedenskooperative.de: Zeitschrift FriedensForum

- IMI / Informationsstelle Militarisierung, Hechinger Str. 203, 72072 Tübingen / www.imi-online.de

- Zentralstelle für Recht und Schutz der Kriegsdienstverweigerer / www.zentralstelle-kdv.de

- Initiative „bundeswehr wegtreten“: Aktionsplanungen gegen Rekrutierungen / www.bundeswehr-wegtretten.org

- Bundesweite Terminübersichten zu Bundeswehrwerbung: „initiative kehrt marsch“ / www.kehrt-marsch.de

- Arbeitsstelle Frieden und Abrüstung / www.bundeswehr-monitoring.de

Helft bei der Verbreitung dieses Flugblattes! Nachdruck erwünscht!

*Verantwortlich im Sinne des Presserechts:
Andreas Buro, Grävenwiesbach*

Komitee für Grundrechte und Demokratie

Das Komitee für Grundrechte und Demokratie will durch aktives, Streitbares und couragiertes Engagement Grundrechte und Demokratie in der Bundesrepublik Deutschland verteidigen.

Der Verfasser dieses Textes, Andreas Buro, ist Friedenspolitischer Sprecher des Komitees und Träger des Aachener Friedenspreises.

Komitee für Grundrechte und Demokratie

Aquinostraße 7 - 11, 50670 Köln
Telefon 0221 - 97269 -30
Telefax 0221 - 97269 -31
info@grundrechtekomitee.de
www.grundrechtekomitee.de

Spendenkonto

Konto-Nr.: 8 024 618
Volksbank Odenwald
BLZ 508 635 13

Spenden sind steuerlich absetzbar